

Anrede,

heute werden vier Fraktionen dieses Hauses den Änderungsantrag zur Neuaufstellung aller berufsbildenden Schulen verabschieden. Immerhin ist das in der Bildungspolitik – mal vom Musiklandantrag vom gestrigen abgesehen, der erste wirklich inhaltliche Antrag in der Bildungspolitik, den wir überwiegend gemeinsam verabschieden werden.

Doch was ist diesem gemeinsamen Beschluss vorausgegangen.

Denn die Rahmenbedingungen der berufsbildenden Schulen haben sich unter Ihrer Regierung dramatisch verschlechtert.

Ich erwähne nur die **katastrophale Unterrichtsversorgung** an den berufsbildenden Schulen,

die **Veränderungen mit der BBS-VO**, an deren negativen Folgen die Schulen heute noch knabbern, den zum teil schon eingetretenen aber gravierend **drohenden Fachlehrermangel** insbesondere im

Bereich der technischen und naturwissenschaftlichen  
Bereich an der BBS oder

die großen Probleme der vielfach vorhandenen  
**Bündelberufsschulen** im ländlichen Raum, die  
aufgrund zurückgehender Schülerzahlen zum teil gar  
keine Klassen mehr bilden können und so ganze  
Landstriche in Niedersachsen in Kürze ausbluten  
werden im Hinblick auf Facharbeiterausbildung ich  
erwähne da z.B. nur die Maurer oder  
Dachdeckerausbildung und die langen Fahrwege der  
Azubis dafür.

Meine Fraktion hat im Sommer letzten Jahres die  
Initiative ergriffen und den Entschließungsantrag zum  
Umwandlung aller berufsbildenden Schulen in  
regionale Kompetenzzentren vorgenommen, weil zum  
einen die schon umgestellten Schulen nun endlich  
Klarheit haben mussten, wie es denn nun weitergeht  
in Sachen ProReko und zum anderen die Ergebnisse  
des Schulversuches doch so überwiegend positiv  
waren, dass auch alle berufsbildenden Schulen in den  
Genuss dieser Vorteile kommen sollen.

Auch hier könnte ich etwas Kritik üben, denn zum  
Thema ProReko waren erst einmal die Anträge von

uns aus dem Juni und der Grünen aus September notwendig, bevor dieser Regierungsfractionen sich überhaupt bewegten.

Nun, immerhin hat sich die CDU/FDP bewegt und das begrüße ich. Wir haben auch einen guten Kompromiss für die Umwandlung aller Schulen in regionale Kompetenzzentren gefunden.

Nun haben wir einen guten Vorschlag auf Weg gebracht.

Anrede

Es gab ein Ziel:

Wir wollen berufsbildende Schulen, die sich durch ein geändertes Steuerungs- und Unterstützungssystem zu regionalen und kundenorientierten Dienstleistern der beruflichen Bildung entwickeln und die Qualität ihrer schulischen Arbeit messbar verbessert können.

Nun zu den Umsetzungsvorgaben im Einzelnen:

Für meine Fraktion kann ich sagen, dass wir uns sicherlich die eine oder andere stärkere Formulierung insbesondere im Bereich der Ressourcenbereitstellung gewünscht hätten.

Anrede,

was wollen wir denn erreichen: Ziel ist doch, den leistungsschwächeren, aber auch den leistungsstärkeren Schülerinnen und Schülern durch individuelle Bildungsangebote bessere Chancen auf dem regionalen Arbeitsmarkt zu eröffnen.

Damit dieses bildungspolitische Ziel erreicht werden kann, muss die Landesregierung,

1. den berufsbildenden Schulen die Landesmittel zur eigenverantwortlichen Mittel- und Stellenbewirtschaftung zur Verfügung zu stellen (Budget und Stellen),
2. den berufsbildenden Schulen die Möglichkeit zu eröffnen, gemeinsame Schulbudgets aus Landesmitteln und Mitteln des Schulträgers zu bewirtschaften,
3. den berufsbildenden Schulen zu ermöglichen, ein vor Ort angesiedeltes eigenverantwortliches Personalmanagement einzurichten, Verwaltungsleiterinnen und -leiter sowie Assistenzkräfte einzustellen und diese stellenmäßig abzusichern,

Genau der letzte Punkt mit der stellenmäßigen Absicherung der zusätzlichen Verwaltungs- und Assistenzkräfte ist ja nicht ohne Brisanz. So fordert er von uns die Selbstverpflichtung, auch tatsächlich im Haushalt für diese Stellenabsicherung zu sorgen.

Die Punkte EFQM und Schulverfassung werde ich aus Zeitgründen hier nicht weiter vertiefen. Zur Schulverfassung nur soviel: es ist deutlich geworden, dass bei zunehmender Eigenverantwortung vor Ort und einer höheren Entscheidungskompetenz es auch gut ist, wenn die Personalvertretung vor Ort ebenfalls entsprechend ausgestattet ist.

Wichtig für meine Fraktion war, dass die Schulen nicht von heute auf morgen allein gelassen werden.

Die Schulen brauchen zur Umstellung die notwendigen Ressourcen.

Das darf nicht verschwiegen werden und das werden wir auch gemeinsam beschließen.

Meine Damen und Herren, das, was wir heute beschließen, ist eine Aufforderung an die Landesregierung.

An diesen Inhalten werden Sie bei den zukünftigen Gesetzesberatungen messen.

Meine Damen und Herren,

Grundlage dieses erfolgreichen Modellversuches war ein gemeinsamer Landtagsbeschluss aller im Landtag der 14. Wahlperiode beteiligten Fraktionen.

Und das meine Damen und Herren, war ein wichtiges Zeichen für die Schulen der beruflichen Bildung vor Ort. Lassen sie uns dieses Signal auch heute wieder zum Ausdruck bringen.